



POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Bärbel Bas
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-1117

FAX +49 (0)30 18 681-1019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 3. November 2011

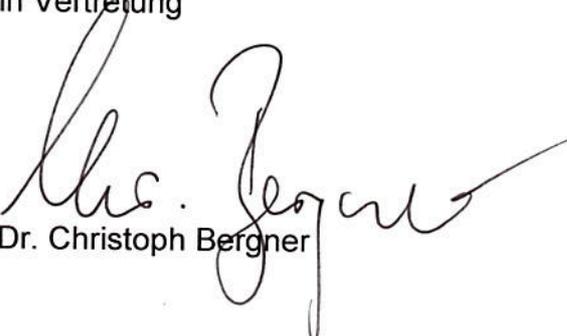
BETREFF **Schriftliche Fragen Monat Oktober 2011**
HIER Arbeitsnummern 10/249 und 251

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesenen schriftlichen Fragen übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung


Dr. Christoph Bergner

Schriftliche Fragen der Abgeordneten Bärbel Bas
vom 27. Oktober 2011
(Monat Oktober 2011, Arbeits-Nr. 10/249 und 251)

Fragen

1. Wie wird die Bundesregierung ihre in den Antworten auf meine Schriftlichen Fragen (9 und 10 auf Bundesdrucksache 17/7279) benannten "integrierten Pakete mit politischen Maßnahmen im Rahmen einer breiten angelegten Politik der sozialen Einbeziehung" ausarbeiten bzw. "ihre vorhandenen Strategien und Maßnahmenpakete" aktualisieren, um den Aufforderungen der EU zur besseren Integration von Roma in Deutschland gerecht zu werden, und welche konkreten Maßnahmen werden damit für die Menschen in Duisburg-Hochfeld verbunden sein (bitte mit Datumsangabe)?
2. Mit welchen Maßnahmen plant die Bundesregierung im Hinblick auf die zunehmenden ethnischen Spannungen, die Lage der Roma in ihren Herkunftsländern zu unterstützen, und wie bindet die Bundesregierung bei der Konzeption dieser Maßnahme die Organisationen der Roma in Deutschland ein?

Antworten

Zu 1.

Die Bundesregierung hat mit der Erstellung des Berichts an die Europäische Kommission begonnen und wird versuchen, der Anregung der Kommission nachzukommen, diesen bis Ende des Jahres fertigzustellen. Sodann kann Auskunft im Hinblick auf konkrete Inhalte und Maßnahmen gegeben werden.

Zu 2.

Die Bundesregierung setzt den Schwerpunkt ihres Engagements bewusst auf einen europäischen multilateralen Ansatz. Dem liegt die Überzeugung zugrunde, dass nur mittels gemeinsamer Anstrengungen der Mitgliedstaaten - über die grundsätzlich nationale Verantwortlichkeit der Staaten für Minderheitenschutz hinaus - eine effektive Integrationsförderung für die Roma gelingen kann. Ergänzend thematisiert die Bundesregierung im bilateralen Dialog mit den europäischen Partnerländern die Situation der Roma und anderer ethnischer Minderheiten.

Aufgrund der schwierigen sozio-ökonomischen Lage der Sinti und Roma in manchen EU-Mitgliedsstaaten hat die Bundesregierung die Erarbeitung einer EU-Rahmenstrategie für die Roma während der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2011 unterstützt. Dieser Rahmen zeigt auf, welche politischen Maßnahmen zur Integration der Roma die Mitgliedstaaten künftig stärker berücksichtigen sollen (Schwerpunkte u. a. auf Bildung, Beschäftigung, Gesundheit und Wohnen). Die EU-Mitgliedstaaten beabsichtigen in diesem Rahmen, bis Ende 2011 nationale Strategien zur Einbeziehung der Roma oder entsprechende Maßnahmenpakete vorzulegen. Die Entwicklung und Umsetzung dieser nationalen Strategien werden künftig durch einen EU-Berichts- und Monitoringmechanismus ergänzt. Daneben gibt es ein substantielles Engagement der EU für die Integration der Roma (unter anderem ca. 13 Mrd. € aus Sozialfonds für 2007-2013).

Zur Bedeutung der Verbesserung der Situation der Roma in den Staaten des Westlichen Balkans im Rahmen der Annäherung dieser Staaten an die EU wird auf die Antworten zu den Fragen 58 bis 60 der Großen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs Nr. 17/5536 vom 13. April 2011) verwiesen. Darüber hinaus unterstützt die Bundesregierung vielfältige Maßnahmen und Projekte zur Verbesserung der gesellschaftlichen Integration der Roma in den Staaten des Westlichen Balkans, unter anderem. Maßnahmen im Bereich der Wirtschaft (z. B. Hilfe bei Existenzgründungen), der sozialen Hilfe (z. B. Schaffung von Wohnraum, Winter- und Sachmittelhilfe), Gesellschaftspolitik (Gleichberechtigung, Mediation zwischen verfeindeten ethnischen Gruppen). Für Einzelheiten wird auf die Antworten zu den Fragen 61 und 129 der Großen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs Nr. 17/5536 vom 13. April 2011) verwiesen.

Die Bundesregierung steht in regelmäßigem Austausch mit den nationalen Minderheiten- und Menschenrechtsorganisationen. Sie engagiert sich auch im Rahmen der einschlägigen Strukturen und Veranstaltungen internationaler Organisationen wie des Europarates und der OSZE sowie in der EU. Das Programm des Europarates zur Ausbildung von Mediatoren (ROMED) wird von der Bundesregierung finanziell gefördert.